

# Stellungnahme von industriAll European Trade Union zu den laufenden TTIP-Gesprächen

## Beitrag aus Sicht der Industriebeschäftigten

### Zusammenfassung

#### **Zu berücksichtigen: soziale, beschäftigungspolitische- und Arbeitnehmerbelange**

Die Europäische Union (EU) und die Vereinigten Staaten (USA) führen seit Juli 2013 Verhandlungen über eine umfassende Handels- und Investitionspartnerschaft (englische Abkürzung: TTIP). Da dieses Abkommen Bereiche abdeckt, die 60 % des weltweiten Bruttosozialprodukts ausmachen, und ein „Abkommen wie kein anderes zuvor“ wird (da Themen behandelt werden, die weit über den Handel hinausgehen), braucht es Input der Gewerkschaften, um sicherzustellen, dass soziale, beschäftigungspolitische und Arbeitnehmerinteressen gebührend berücksichtigt werden.

Dieses Positionspapier beschränkt sich auf die Gesichtspunkte, die für die Industriebeschäftigten von Bedeutung sind.

- **Zu gewährleisten: Transparenz und demokratische Legitimität**

Da über das Abkommen unter großer Geheimhaltung verhandelt wird, fordert industriAll European Trade Union volle Transparenz in Bezug auf den Inhalt der Gespräche noch während der Verhandlungsphase. Transparenz ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz eines solchen Abkommens. Dies erfordert eine umfassende, demokratische Partizipation sowie Kontrolle und Prüfung durch die Parlamente und die Zivilgesellschaft.

- **Anzuerkennen und zu fördern: IAO-Konventionen über die Rechte von Arbeitnehmern**

Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA setzt die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen voraus und sollte verbindliche Verfahren für die Überwachung und Durchsetzung dieser Normen enthalten.

- **Demokratie am Arbeitsplatz: Ausbau der Arbeitnehmerrechte**

Im Rahmen eines gemeinsamen Binnenmarktes zwischen der EU und den USA muss eine gemeinsame Basis für die Arbeitnehmerbeteiligung auf höchstem Niveau festgelegt werden, um Sozialdumping zu vermeiden. Zur Stärkung der Wirtschaftsdemokratie in den USA und zur Festigung der hart erkämpften Rechte europäischer Arbeitnehmer sollte die TTIP den Geltungsbereich der in europäischen Richtlinien (beispielsweise über Europäische Betriebsräte oder Unterrichtung und Anhörung) sowie in internationalen Übereinkünften (wie den IAO-Kernarbeitsnormen) festgeschriebenen Sozialvorschriften und Durchsetzungsmechanismen erweitern.

- **Kein Ersatz für eine aktive Industrie- und Investitionspolitik**

Die TTIP wird zu oft als kostenloses Konjunkturprogramm dargestellt. Wenngleich Handel und Investitionen Wirtschaftswachstum ankurbeln können, sind die prognostizierten positiven Effekte dieser Vereinbarung zwischen der EU und den USA beschränkt und können in einigen

Sektoren negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. Eine aktive Industriepolitik oder makroökonomische Konjunkturprogramme kann TTIP daher keinesfalls ersetzen.

- **TTIP ist keinesfalls ein Instrument zur Deregulierung**

Regulatorische Konvergenz (gegenseitige Anerkennung und Harmonisierung von Normen) darf keinesfalls dazu führen, dass erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung der Normen im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Umweltschutz zum Stillstand kommen oder neue diesbezügliche Herausforderungen nicht angegangen werden. Das Vorsorgeprinzip (z. B. REACH), das die Grundlage der europäischen Politik im Bereich Gesundheit und Sicherheit bildet, oder das Regulierungsrecht öffentlicher Behörden darf keinesfalls beeinträchtigt werden.

- **ISDS: Kein Ersatz für demokratische Legitimierung**

IndustriAll European Trade Union spricht sich ganz klar gegen die Aufnahme eines ISDS-Kapitels in die Vereinbarung aus. Es besteht objektiv keine Notwendigkeit für spezifische Bestimmungen über Investitionsschutz (die Rechtsmittel für ausländische Unternehmen im Rahmen von Klauseln bezüglich „gerechter und billiger Behandlung“ vorsehen), da sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union über hoch entwickelte Rechtssysteme verfügen. Das Regulierungsrecht der Regierungen muss gewahrt werden und die Regierungen müssen Rechtsvorschriften zugunsten der Bevölkerung beschließen können, ohne Gefahr zu laufen, von multinationalen Unternehmen verklagt zu werden.

- **Dienstleistungen: keine Notwendigkeit für Deregulierung**

Im Hinblick auf die Liberalisierung von Dienstleistungen tritt industriAll European Trade Union für den Ansatz einer Positivisten (d. h., dass nur die ausdrücklich im Abkommen genannten Märkte für Dienstleistungen geöffnet werden können) und den Ausschluss öffentlicher Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr, nationale Verteidigung, Energie und Versorgungswirtschaft) aus dem Abkommen ein. Die Regierungen müssen weiterhin die Möglichkeit haben, ihre öffentlichen Dienstleistungen zu schützen und zu stärken. Das Handels- und Investitionsabkommen darf auf keinen Fall zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entsandter Beschäftigter führen.

- **Öffentliches Auftragswesen: ein industriepolitisches Instrument**

In Bezug auf das öffentliche Auftragswesen sollte das Abkommen keine zwingende Liberalisierung auf subnationaler Ebene vorsehen. Öffentliche Aufträge sollten ein wichtiges industriepolitisches Instrument bleiben. Lokale Regierungen sollten soziale und ökologische Kriterien festlegen können, um die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung auf regionaler Ebene zu gewährleisten.

- **Geistige Eigentumsrechte: Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Herstellerinteressen**

Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitnehmerinteressen und dem Schutz geistiger Eigentumsrechte herzustellen, sollte das Abkommen nicht über bereits im Rahmen des WTO-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) festgelegte weltweite Normen hinausgehen.

- **Fairer Handel: ein Instrument für sozialen Fortschritt aller und nicht den Profit einiger weniger**

Schließlich wird ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU nur dann unsere Unterstützung erhalten, wenn es eine Vereinbarung über fairen Handel als Instrument für sozialen Fortschritt aller ist, und nicht für den Profit einiger weniger. Das TTIP-Abkommen sollte daher in sozialer und ökologischer Hinsicht entweder einen progressiven „Goldstandard“ darstellen oder überhaupt nicht zustande kommen, weil es andernfalls keinen Mehrwert für die Industriebeschäftigten bringen würde.

## Einleitung

Die EU und die USA führen seit Juli 2013 Verhandlungen über eine umfassende Handels- und Investitionspartnerschaft, die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (kurz TTIP). Das Abkommen wird eine Reihe von Bereichen wie den Abbau von Zöllen, die regulatorische Konvergenz, die Liberalisierung von Dienstleistungen und des öffentlichen Auftragswesens sowie handelsrelevante Politikfelder wie nachhaltige Entwicklung, Arbeitnehmerrechte, geistige Eigentumsrechte, digitalen Handel usw. abdecken. Die behandelten Bereiche würden 60 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BSP) ausmachen, und ihr Anteil am weltweiten Warenhandel würde 33 % und am weltweiten Dienstleistungshandel 42 % betragen. Die Auswirkungen werden daher nicht nur für die EU und die USA, sondern für die ganze Welt erheblich sein. Es könnte sogar die Art und Weise grundlegend verändern, in der wir demokratische Institutionen nutzen, um Regulierungen zu treffen.

Von der Vereinbarung werden alle Wirtschaftsbereiche betroffen sein und durch die Verhandlungen besteht das Risiko, dass soziale, ökologische, hygienische und kulturelle Standards gesenkt werden, denn das Ziel besteht darin, sämtliche Handelshindernisse zu beseitigen.

Die umfassende Dimension und das Ausmaß des internationalen Handelsaustausches zwischen der EU und den USA werden auf beide Partner beispiellose Auswirkungen – noch nie wurde ein Abkommen zwischen so großen Volkswirtschaften verhandelt oder abgeschlossen – und grundlegenden Einfluss auf alle künftigen multi- oder bilateralen Abkommen haben. Es wird in der Tat ein „Abkommen wie kein anderes zuvor“ sein. Aus diesem Grund erfordert die Aussicht auf die Schaffung eines transatlantischen Wirtschaftsraumes Input der Gewerkschaften, um sicherzustellen, dass soziale, beschäftigungspolitische und Arbeitnehmerinteressen in einem künftigen Abkommen gebührend berücksichtigt werden.

Mehrere Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene haben bereits Stellungnahmen und politische Erklärungen abgegeben. IndustriAll European Trade Union hat an einigen mitgewirkt und wird diese Initiativen auch weiterhin unterstützen.

Nachfolgend werden die für die Beschäftigten in den von industriAll European Trade Union vertretenen Sektoren wichtigen Gesichtspunkte näher behandelt.

## Transparenz und demokratische Legitimität: mehr Offenheit erforderlich

Den laufenden Verhandlungen fehlt es an Transparenz, in der Vorbereitung des Prozesses wurde anscheinend großer Einfluss vonseiten der Wirtschaft ausgeübt. Es wäre nicht hinnehmbar, wenn die Kommission der Öffentlichkeit und dem Europäischen Parlament nur das endgültige Dokument vorlegen würde (und nur mehr Zustimmung oder Ablehnung möglich wäre). Solche Verhandlungen müssen für wichtige Akteure wie die Sozialpartner offen sein. Wir begrüßen daher die Durchführung öffentlicher Anhörungen, die Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses und die öffentliche Konsultation zu der heiklen Frage der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS). Eine solche Einbindung der Interessenvertreter muss fester Bestandteil der laufenden Verhandlungen bleiben. Diese Offenheit muss in ähnlicher Weise auch für die jeweils zuständigen Strukturen auf nationaler Ebene gelten.

IndustriAll European Trade Union fordert volle Transparenz in Bezug auf den Inhalt der Gespräche noch während der Verhandlungsphase. Transparenz ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz eines solchen weitreichenden Abkommens. Dies erfordert eine umfassende, demokratische Partizipation wie auch Kontrolle und Prüfung durch alle Parlamente und die Zivilgesellschaft.

## Grundlegende Arbeitnehmerrechte: Ratifizierung und Durchsetzung der IAO-Arbeitsnormen erforderlich

Die USA und die EU zeigen in Bezug auf die internationalen Arbeitsnormen unterschiedliches Engagement. Während alle EU-Mitgliedstaaten die acht grundlegenden Übereinkommen der IAO umgesetzt haben, sind es in den USA nur zwei (die Übereinkommen zu Kinder- und Zwangsarbeit). Arbeitnehmerrechte, wie in den IAO-Kernübereinkommen festgeschrieben, sind für industriAll European Trade Union grundlegende Menschenrechte und von wesentlicher Bedeutung für jede Art von fairem Handel. Da die USA 1998 die IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit unterstützt bzw. unterzeichnet und damit die Wahrung der Kernarbeitsnormen zugesagt haben, gibt es keinen Grund mehr, die Ratifizierung aller grundlegenden Arbeitsnormen hinauszuschieben. Die IAO-Kernarbeitsnormen müssen daher als rechtlich bindendes Kapitel in das TTIP-Abkommen aufgenommen werden.

IndustriAll European Trade Union weist darauf hin, dass die Arbeitnehmerrechte (z. B. im Hinblick auf Arbeitszeit, bezahlten Urlaub, Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und Umstrukturierungen) in den USA stark und zunehmend begrenzt sind und in einem Abkommen daher ausgebaut werden müssen, um internationalen und bestehenden EU-Normen zu genügen. Diesbezüglich teilt industriAll European Trade Union die vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vorgebrachten Bedingungen und Kriterien für akzeptable arbeitsrechtliche Bestimmungen in diesem Abkommen.

Darüber hinaus fordert industriAll European Trade Union, dass die in der EU bestehenden grundlegenden sozialen Standards, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta festgelegt sind, im TTIP-Abkommen bekräftigt werden.

Ferner sollte die Vereinbarung Arbeitnehmerrechte und Arbeitsnormen auf globaler Ebene aktiv fördern. Es sollte auf wichtige internationale Abkommen wie die Agenda 21 oder die UN-Agenda für menschenwürdige Arbeit Bezug genommen werden.

Schließlich sollte die Vereinbarung auch die Rolle der IAO als zuständige Stelle nicht nur für die Festlegung, sondern auch für die Durchsetzung internationaler Arbeitsnormen stärken. Gleichzeitig müssen ihr die dazu erforderlichen Instrumente und Unterstützung bereitgestellt werden.

IndustriAll European Trade Union fordert als Gewerkschaftsbund der Industriebeschäftigten in Europa, dass den Grundrechten der Arbeitnehmer und den Arbeitsnormen im TTIP-Abkommen Vorrang vor den finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen eingeräumt wird.

## Demokratie am Arbeitsplatz: Arbeitnehmerrechte ausbauen

Soziale Marktwirtschaft und Demokratie am Arbeitsplatz durch Arbeitnehmermitbestimmung haben in Europa eine lange Tradition. In der Zeit seit dem 2. Weltkrieg hat sich dieses Modell als erfolgreich erwiesen und sich EU-weit ein kohärenter Ansatz herausentwickelt. Das US-amerikanische Modell der Arbeitnehmerbeteiligung in Unternehmen unterscheidet sich davon und ist auch in den verschiedenen Bundesstaaten nicht einheitlich. Amerikanische und europäische Gewerkschaften sind sich einig, dass im Rahmen einer gemeinsamen Freihandelszone ein gemeinsames Mindestniveau für solche sozialen Standards festgelegt werden muss, um Sozialdumping zu vermeiden. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Arbeitsplätze in transnationalen US-amerikanischen Unternehmen mit Niederlassungen in Europa bzw. umgekehrt weiter zu, und dies könnte durch die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone weiter beschleunigt werden. In dieser Hinsicht ist es natürlich wichtig, ein gemeinsames System von Mitbestimmungsrechten, auf jeweils höchstem Niveau, einzurichten.

IndustriAll European Trade Union fordert die Aufnahme einer präzisen Formulierung in das künftige TTIP-Abkommen, die das höchste Niveau von Demokratie am Arbeitsplatz als obligatorischen gemeinsamen Standard für die gesamte Freihandelszone festlegt. Zur Stärkung der Wirtschaftsdemokratie in den USA und zur Festigung der hart erkämpften Rechte europäischer Arbeitnehmer sollte die TTIP den Geltungsbereich der in europäischen Richtlinien (z. B. denen über Europäische Betriebsräte (2009/38/EG) oder Unterrichtung und Anhörung (2002/14/EG)) festgeschriebenen Sozialvorschriften und Durchsetzungsmechanismen ausdehnen. Diese Vorschriften gelten bereits sowohl für europäische als auch US-amerikanische Unternehmen, die in Europa tätig sind, und zielen speziell auf multinationale Investitionen und Produktionsregelungen ab.

## Begrenzte wirtschaftliche Auswirkungen: keine Alternative zu wachstumsfördernder Wirtschaftspolitik oder nachhaltiger Industriepolitik

Hauptziel der TTIP sollte nach Ansicht von industriAll European Trade Union die Schaffung hochwertiger Industriearbeitsplätze durch Unterstützung von Investitionen und nachhaltiger Entwicklung sein. Es gibt bislang jedoch keine Belege dafür, dass der Abbau von Zöllen und die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse einen Beitrag dazu leisten. Ein zusätzliches Wachstum von 0,5 % über einen Zeitraum von 10 Jahren (Zahl aus einer vom Centre for Economic Policy Research im Auftrag der Kommission durchgeführten Studie) ist alles andere als beindruckend. Dennoch wird die TTIP oft als ein kostenloses Konjunkturprogramm dargestellt. Es

muss ferner sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Einnahmen durch den „Deal“ in der gesamten Gesellschaft gerecht verteilt werden.

Nach Meinung von industriAll European Trade Union kann die TTIP eine aktive Industriepolitik oder makroökonomische Konjunkturprogramme, die auf Investitionen in Energie-, Verkehrs-, Wohnungsbau- und Gesundheitsinfrastruktur basieren und Arbeitsplätze schaffen, die nicht verlagert werden können, keinesfalls ersetzen.

Außerdem können Zollsenkungen erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung haben (die Handelszölle zwischen der EU und den USA sind mit durchschnittlich 2,8 % zwar nicht hoch, aufgrund des riesigen Ausmaßes des transatlantischen Handels kann jedoch bereits eine kleine Änderung negative Folgen verursachen). Dies kann Umstrukturierungen in einer Reihe von Sektoren (wie Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Elektromaschinen, ...) und soziale Notlagen, insbesondere für weniger qualifizierte Industriearbeitskräfte, zur Folge haben. Zur Minimierung negativer sozialer Folgen des Strukturwandels muss die TTIP von tragfähigen sozialen Sicherungsmechanismen flankiert sein, die die Antizipation und verantwortungsvolle Begleitung des industriellen Wandels unterstützen.

Schließlich sollte die TTIP als Hebel verwendet werden, um die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung neuer „grüner“ Arbeitsplätze zu fördern. Um die Ziele des europäischen Klimaschutzplans zu unterstützen, sollte ein spezielles Energiekapitel in die TTIP aufgenommen werden.

## Regulatorische Konvergenz von Industrienormen: kein Deregulierungsinstrument

Normen gewährleisten die technische Kompatibilität von Systemen und die Verwirklichung dessen, was in der EU als „grundlegende Anforderungen“ von öffentlichem Interesse bezeichnet wird: Gesundheitsschutz und Sicherheit der Arbeitnehmer sowie Umwelt- und Verbraucherschutz. Sie sind Instrumente, um allgemein- und industriepolitische Ziele zu erreichen.

Das erklärte große Ziel der TTIP ist die Konvergenz der Industrienormen, entweder durch gegenseitige Anerkennung (damit die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks nur einen Katalog technischer Anforderungen erfüllen müssen) oder durch die Harmonisierung von Normen. Im Grunde will sie den bestehenden europäischen Binnenmarkt zu einem transatlantischen Konstrukt erweitern.

Der Prozess der „regulatorischen Konvergenz“ ist daher, was die Bedenken von industriAll European Trade Union an der TTIP angeht, von zentraler Bedeutung.

Die europäische Tradition auf dem Gebiet der technischen Vorschriften – eingeführt entweder durch ein Rechtsetzungsverfahren oder durch Normungsgremien – räumt Gesundheitsschutz und Sicherheit bzw. dem Umweltschutz gebührenden Stellenwert ein. Dieser Prozess weist einige Besonderheiten auf:

- Technische Vorschriften sind durch das Vorsorgeprinzip bestimmt.
- Arbeitnehmer und ihre Vertreter können an der Diskussion und Festlegung von Normen und Regeln mitwirken.
- Normungsgremien sind benannte Stellen, die unter staatlicher Aufsicht stehen.

Die europäischen Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren (z. B. im Rahmen des CEN/CENELEC-Verfahrens in den frühen 1990er-Jahren) an Verbesserungen und effizienter Regulierung mitgewirkt. Unsere praktische Erfahrung mit den so festgelegten technischen Vorschriften hat gezeigt, dass dieser Ansatz sehr geeignet ist und ein angemessenes Schutzniveau gewährleistet. Es sollte deutlich gemacht werden, dass Nichthandelsbarrieren nicht als ungerechtfertigte bürokratische Anforderungen gesehen werden sollten, die abgebaut werden müssen, sondern als wichtige Instrumente für den Schutz der Arbeitnehmer, Umwelt und Verbraucher.

Der US-amerikanische Ansatz unterscheidet sich insofern in allen oben genannten Aspekten, als die Gewährleistung der Produktsicherheit sehr stark von der Bedrohung durch spätere Gerichtsverfahren und dem Risiko, erhebliche Entschädigungszahlungen leisten zu müssen, bestimmt wird.

IndustriAll European Trade Union betont daher Folgendes:

- Technische Normen sind im Wesentlichen politisch. Sie sind die – technische – Übersetzung einer politischen Entscheidung. Artikel 114 des Vertrages über die Arbeitsweise der europäischen Union besagt klar, dass die europäische Gesetzgebung und die europäischen Normen ein Höchstmaß an Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie Sicherheit der Arbeitnehmer in der Industrie und der Verbraucher der von der Industrie auf den Markt gebrachten Produkte gewährleisten müssen.
- Ein System der gegenseitigen Anerkennung von Normen kann nur für eine kurze, befristete Übergangszeit akzeptiert werden, und auch nur, wenn es eindeutige Belege für die „Gleichwertigkeit“ gibt. Andernfalls würde die regulatorische Konvergenz multinationalen Unternehmen nur die Möglichkeit einräumen, die auf der jeweiligen Atlantikseite für sie vorteilhaftere Regelung herauszupicken, was dann zu einem Wettlauf nach unten führen würde.
- Die TTIP-Gespräche sollten als eine Chance genutzt werden, das Vorsorgeprinzip in Bezug auf technische Vorschriften für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stärken. Keinesfalls darf die TTIP die Umsetzung von REACH, der wegweisenden EU-Rechtsvorschrift über die Bewertung und Begrenzung der Risiken chemischer Stoffe, gefährden.
- Arbeitnehmer und ihre Vertreter müssen in jede Phase des Prozesses eingebunden werden, und ein eventuelles TTIP-Abkommen muss diesen Offenheits- und Transparenzaspekt im Hinblick auf künftige (und gemeinsame) Normenfestlegungen stärken.
- Die Normen im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz sollten auf das höchstmögliche Niveau angehoben werden. Die TTIP ist eine Gelegenheit, dass sich die USA und die EU auf diese Agenda einigen und diesen Ansatz in internationalen Gremien gemeinsam verteidigen.
- Die beabsichtigte Einrichtung eines übergeordneten Gremiums (*Transatlantic Regulatory Cooperation Council, TRCC*), dem Handelsvertreter und Regulierungsbehörden der EU und der USA angehören sollen, könnte demokratische Entscheidungsprozesse gefährden und künftig bessere Rechtsetzung (z. B. durch die Einführung von Folgenabschätzungen für im

Prinzip jeden bedeutenden Regulierungs- oder Gesetzesvorschlag) behindern. Garantien sollten eingebaut werden, um sicherzustellen, dass dieses Gremium nur Informationen zwischen den Regulierungsbehörden der beiden Seiten austauscht und keinesfalls Einfluss auf das Regulierungsrecht oder den Regulierungsprozess hat. Die Agenda dieses Ausschusses kann nur von den relevanten demokratischen, politischen Gremien festgelegt werden.

- Regulatorische Konvergenz darf keinesfalls dazu führen, dass erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung der Normen im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz wie auch Umweltschutz zum Stillstand kommen oder neue diesbezügliche Herausforderungen nicht angegangen werden.

## **Investitionsschutz: kein Trojanisches Pferd, um Rechtsetzung zu ersetzen**

Es besteht objektiv keine Notwendigkeit für spezifische Bestimmungen über Investitionsschutz (Rechtsmittel für Unternehmen im Rahmen von Bestimmungen bezüglich „gerechter und billiger Behandlung“) zwischen der EU und den USA. Beides sind hoch entwickelte Staatsgebilde mit einem hohen Maß an rechtlichem Schutz. Insbesondere für ein System zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS) wird kein Bedarf gesehen (vor allem wenn dies nicht wechselseitig und in einem höherrangigen Grundrechtssystem verankert ist).

Wir unterstreichen, dass das Recht der Regierungen und der EU, Rechtsvorschriften zugunsten der Bevölkerung in den Bereichen Steuern, Umweltschutz, Soziales, Beschäftigung sowie öffentliche Gesundheit zu beschließen, gewahrt werden muss.

IndustriAll European Trade Union tritt daher entschieden gegen jede Aufnahme von Investitionsschutzklauseln ein, die über die auf einzelstaatlicher Ebene bestehenden Bestimmungen hinausgehen oder einen Teil der unternehmerischen Risiken auf den Staat und die Gesellschaft abwälzen würden.

## **Dienstleistungen: keine Notwendigkeit für „Negativisten“ oder weiteren Abbau der Rechte entsandter Arbeitnehmer; Ausschluss öffentlicher Dienstleistungen**

IndustriAll European Trade Union ist der europäische Dachverband der Industriegewerkschaften. Die Entwicklung der Produktionsprozesse geht jedoch dahin, dass ein beträchtlicher Teil der Arbeit von den Fertigungs- zu den Dienstleistungssektoren transferiert wird, dabei jedoch weiter die gleiche Arbeit verrichtet wird. Unsere Mitglieder sind daher sehr direkt von den Bestimmungen dieses Kapitels betroffen. Ein zunehmender Teil der Wertschöpfungsketten in den von uns vertretenen Sektoren wird durch unterschiedliche Formen von Outsourcing (z. B. Überlassung von Personal, Verträge über vor Ort erbrachte Dienstleistungen oder Zulieferung) in den Dienstleistungsbereich verlagert. IndustriAll European Trade Union beobachtet Regulierungen im Bereich der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen daher sehr genau. IndustriAll European Trade Union befürchtet, dass die Liberalisierung, insbesondere im Zusammenhang mit der Erbringungsweise 4, Auslagerung in der verarbeitenden Industrie noch verstärken wird und traditionelle Dauerarbeitsplätze in der Industrie in prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich mit deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen umgewandelt werden.

Bestimmungen zur Erbringungsweise 4 und zur Entsendung von Arbeitnehmern müssen für alle Arbeitnehmer die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen des Aufnahmelandes vorsehen, die



denen festangestellter lokaler Mitarbeiter entsprechen. Die europäische Zeitarbeitsrichtlinie darf nicht angerührt werden.

Die Auswirkungen der Instabilität des internationalen Bankensystems auf die Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie hat die 2008 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise schmerzlich vor Augen geführt. Die erforderliche Verbesserung der (internationalen) Regulierung des Banken- und Finanzdienstleistungssektors ist nur teilweise erfolgt. Viele Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie sind von der Verfügbarkeit von Liquidität für die Unternehmen und damit einem soliden Finanzsektor abhängig, dies gilt umso mehr für KMU. Die TTIP sollte für gemeinsame Anstrengungen zur Neuregulierung der Finanzmärkte und zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroasen genutzt werden. Die Aufnahme einer Finanztransaktionssteuer in die TTIP würde auch dazu beitragen, die Märkte zu stabilisieren und für dringend benötigte Einnahmen sorgen, um öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales zu unterstützen.

IndustriAll European Trade Union fordert daher sowohl von der EU als auch den USA klare, feste und einklagbare Zusagen für die ausstehende Verbesserung und Stärkung der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors.

Schließlich tritt industriAll European Trade Union für den Ansatz einer Positivliste als Grundlage für alle im Rahmen der TTIP beschlossenen gegenseitigen Marktöffnungen und den Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr, Energie, nationale Verteidigung und Versorgungswirtschaft) aus dem Abkommen ein. Die Regierungen müssen die Befugnis behalten, die öffentliche Bereitstellung von Dienstleistungen zu begünstigen, ohne Angst zu haben, dass eine solche Politik als ein Hindernis für den Handel mit Dienstleistungen erachtet wird.

## Öffentliche Aufträge: ein industriepolitisches Instrument

Viele unserer Industriezweige sind von öffentlicher Auftragsvergabe abhängig. Änderungen der Bedingungen und Rahmen dafür betreffen unsere Mitglieder direkt. Gleichzeitig muss das Recht der Regierungen, auf allen Ebenen, gewährleistet sein, einen industriepolitischen Ansatz für wirtschaftliche Aktivitäten in geografischer Nähe zu entwickeln: Arbeitsmärkte sind lokal.

Dies schließt Maßnahmen ein, die Beschaffung als qualifizierte Nachfrage zur Unterstützung technologischer Entwicklung umfassen. Das Abkommen darf keine zwingende Liberalisierung der öffentlichen Beschaffung auf subnationaler Ebene, einschließlich der kommunalen Ebene, vorsehen. Lokale Regierungen sollten soziale und ökologische Kriterien festlegen können, um die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung auf lokaler Ebene zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sollte die Reform bestehender politischer Rahmenbedingungen insbesondere dem IAO-Übereinkommen Nr. 94 in Bezug auf öffentliche Beschaffung und Tarifverträge Rechnung tragen.

## Geistige Eigentumsrechte: ausgewogenes Verhältnis zwischen Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Herstellerinteressen finden

Geistige Eigentumsrechte (IPR) müssen ein Gleichgewicht zwischen den finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der Industrie auf der einen Seite und den berechtigten Interessen der Menschen an kultureller, wirtschaftlicher, bildungsmäßiger und gesundheitlicher Entwicklung auf der anderen Seite herstellen.

In den Gesprächen müssen Themen wie Datenschutz, IT-Sicherheit und die Regulierung des Zugangs zu Funkfrequenzen behandelt werden.

Die Vereinbarung muss wirksame Bestimmungen gegen illegalen Handel, der aus Fälschung und Verletzung von Patenten resultiert, umfassen sowie die Rechte und rechtliche Stellung des Erfinders schützen.

IndustriAll European Trade Union fordert, dass in ein mögliches TTIP-Abkommen keine Bestimmung aufgenommen wird, die über bereits im Rahmen des WTO-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) festgelegte weltweite Normen hinausgeht.

## **Allgemeine Forderung: fairer Handel als ein Instrument für sozialen Fortschritt aller und nicht für den Profit einiger weniger**

Es könnte sich zwar erweisen, dass sich der Prozess der Marktöffnung insgesamt positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt, die Vorteile werden ihre volle Wirkung jedoch erst im Laufe der Zeit entfalten und sind meist vage und undurchsichtig (niedrigere Verbraucherpreise, Skaleneffekte, Technologietransfer). Dieser Prozess schafft zudem aufgrund der Umstrukturierungsprozesse auch soziale Not unter den Arbeitnehmern. Freihandel kann daher kein Selbstzweck sein, sondern muss in eine Strategie für Wachstum und Entwicklung, nicht nur in den USA und der EU, sondern auch im Rest der Welt, eingebunden sein.

IndustriAll European Trade Union begrüßt mit gewissen Vorbehalten eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA. Eine engere Kooperation bei Themen wie Forschung und Entwicklung, Klimawandel, Energieversorgung, Gesundheitsschutz- und Sicherheitsnormen, nachhaltiger Industriepolitik oder der Bekämpfung von Steuerhinterziehung könnte in der Tat für beide Seiten von Vorteil sein, insbesondere wenn dies Teil einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit ist.

### **IndustriAll European Trade Union unterstützt die TTIP mit den USA jedoch nur dann, wenn die folgenden Mindestanforderungen erfüllt sind:**

#### **1. TTIP kann nicht als Vorwand fürs Nichtstun dienen**

Da der Beitrag der TTIP zum Wirtschaftswachstum begrenzt sein wird, kann sie keinesfalls als Vorwand dienen, um makroökonomische Konjunkturprogramme (EGB-Investitionsplan für Europa) oder eine aktive Industriepolitik (Manifest von industriAll European Trade Union) hintanzustellen.

#### **2. Transparenz in Bezug auf die Verhandlungen**

Maximale Transparenz in Bezug auf die Verhandlungsinhalte und mehr Einfluss der Sozialpartner (auch nach den Verhandlungen)

#### **3. Verbesserung der Arbeitnehmerrechte**

Verbesserung der sozialen und ökologischen Normen, insbesondere der Arbeitnehmerrechte, sowie verbindliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen im Zusammenhang mit der Einhaltung einschlägiger IAO-Arbeitsnormen

#### **4. Aktive Förderung guter Arbeit**

Aktive Förderung der „Agenda für menschenwürdige Arbeit“ und der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung nicht nur in der EU oder den USA, sondern auch auf globaler Ebene

## **5. TTIP ist keinesfalls ein Instrument für Deregulierung**

Regulatorische Konvergenz darf keinesfalls zur einer Verschlechterung bestehender Gesundheitsschutz- und Sicherheitsnormen, „Regulatory Shopping“ auf dem Kontinent mit den vorteilhaftesten Normen oder einer Einschränkung des Spielraums für einen nachhaltigen industriellen Wandel führen.

## **6. Erhalt der Vorsorgemaßnahmen**

Erhalt des Vorsorgeprinzips als Grundprinzip der europäischen Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltpolitik (z. B. REACH)

## **7. Dienstleistungen: keine Liberalisierung**

Ein „Positivlisten“-Ansatz (nur die ausdrücklich genannten Märkte für Dienstleistungen können geöffnet werden) und Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse aus dem Abkommen

## **8. Keine Aufnahme von ISDS-Mechanismen (Beilegung von Inverstor-Staat-Streitigkeiten)**

## **9. TTIP: Kein Ersatz für demokratische Rechte**

Das Abkommen darf in keiner Weise das Regulierungsrecht der Regierungen (z. B. durch Folgenabschätzungen neuer Rechtsvorschriften durch eine Art „transatlantischen Rat für regulatorische Konvergenz“) einschränken. Das Recht der Regierungen und der EU, Gesetze im Bereich Umwelt, Gesundheit, soziale Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Menschen zu erlassen, muss geschützt werden.

Ob industriAll European Trade Union die laufenden Verhandlungen weiter unterstützt, hängt von der Erfüllung dieser Forderungen ab. Erklärtes Ziel der europäischen Regierungen ist die Aufstellung weltweiter Normen im Rahmen einer transatlantischen Partnerschaft. Dazu muss jedoch auch geprüft werden, ob die Volkswirtschaften des 21. Jahrhunderts die Lehren aus der letzten Finanzkrise, früheren Rezessionen, Sparprogrammen und Schwarzen Freitagen gezogen haben. Eine einseitig marktorientierte Politik oder Wettbewerbsansätze, die rein auf Finanz- und Kostenlogik basieren, ohne die sozialen Bedürfnisse und Rechte zu berücksichtigen, sind sicherlich nicht das, was wir wollen. Die Vereinbarung darf auf keinem Fall zu weiteren Sparmaßnahmen und zu Deregulierung führen.

Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA hätte zweifellos großen Einfluss auf die künftige Entwicklung des globalen Wirtschaftssystems. Wirtschaftliche Integration wird damit auf eine völlig neue Ebene gebracht. Statt der Förderung des Wettbewerbs tritt industriAll European Trade Union für einen kooperativen, kulturell vielfältigen und offenen Ansatz für die Weltwirtschaft ein, der im allgemeinen Interesse der Vielen gründet. IndustriAll European Trade Union ist der Auffassung, dass die TTIP ein Hebel für die Förderung der Arbeitnehmerrechte und nachhaltiger Entwicklung auf globaler Ebene sein sollte. Nur dann wird das Abkommen einen Mehrwert für die Arbeitnehmer bringen. Dies erfordert starke Regelungen in den Kapiteln Arbeit, Soziales und Umwelt mit wirksamen Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen. Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Industriearbeitnehmer sind das zentrale Anliegen von industriAll European Trade Union und sollte auch oberste Priorität der Handelspolitik sein. Das TTIP-Abkommen muss daher in sozialer und ökologischer Hinsicht entweder „wie kein anderes zuvor“ einen progressiven „Goldstandard“ darstellen oder überhaupt nicht zustande kommen.